



Mit **Union Europäischer Föderalisten - Union of European Federalists - Union des Fédéralistes Européens - Unione dei Federalisti Europei**



Gemeinsam mit der Europa-Union München e.V., der Europäischen Akademie Bayern e.V., der Griechischen Akademie e.V. und der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung e.V.

Prof. Dr. Konstantinos Simitis
Griechischer Ministerpräsident a.D., Athen

Vortrag zum Thema

»Umgang mit der Krise«

am Mittwoch, dem 28. April 2010, um **19:30 Uhr**

im **Tagungssaal der Bundesbank Hauptverwaltung München**
Leopoldstr. 234, 80807 München

Prof. Dr. Konstantinos (Kostas) Simitis

geb. 1936, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und Promotion (1959) an der Universität Marburg, im Anschluss Studien an der LSE in London. Ab 1971 Dozent an der Universität Konstanz, 1971-1975 Ordentlicher Professor an der Universität Gießen. Seit 1977 Professur an der Panteios-Universität Athen.

Simitis war Gründungsmitglied der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) und Mitglied des Parteipräsidiums. Seit 1985 Abgeordneter der PASOK im griechischen Parlament, in den Folgejahren bekleidete er mehrere Ministerposten. Mehrfach kam Simitis in Konflikt mit Andreas Papandreou, dessen populistische Politik er kritisierte. Am 30. Juni 1996 trat Simitis die Nachfolge des verstorbenen Andreas Papandreou im Amt des Ministerpräsidenten an.

Seit Beginn seiner Amtszeit verfolgte Simitis einen Strategiewandel der griechischen Politik, der im Wesentlichen vier Ziele verfolgte: Ersten sollte sich Griechenland in der EU als konstruktiver Partner erweisen und seine Außenseiterrolle ablegen. Das zweite Ziel bestand in der Konzentration auf den Beitritt zur Währungsunion. Drittens sollte Zypern (ohne vorherige Lösung des Volksgruppenkonflikts) Mitglied der EU werden. Viertens unterstützte er eine entschlossene Heranführung der Türkei an die EU.

Am 8. Februar 2004 trat Simitis als Ministerpräsident zurück. Sein politisches Manifest formulierte er 2005 in einem höchst aufschlussreichen Buch „Politiki gia mia dimiourgiki Ellada 1996-2004“ (Politik für ein kreatives Griechenland), Athen 2005.

Umgang mit der Krise

In einer deutschen Zeitung wurde im März ein Aufsatz unter dem Titel "Traum von einer europäischen Wirtschaftsregierung" veröffentlicht. Er stellte die Frage: "wie viel gemeinsames Handeln braucht Europa?" Dies ist die Frage die ich auch stellen möchte. Die Schuldenkrise macht sie aktueller denn je.

Die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Großen Depression von 1929 hat schon seit ihrem Beginn eine vollkommen veränderte Weltwirtschaft geschaffen. Das internationale Finanzsystem ist gegenüber unvorhersehbaren Entwicklungen anfällig und gleichzeitig Gegenstand heftiger Kritik. Die G-20 Staaten haben die Einrichtung eines globalen Aufsichtsrahmens über Finanztransaktionen beschlossen. Die Europäische Union (EU) vereinbarte auf dem Gipfeltreffen vom Dezember 2009 eine Reihe von Maßnahmen, um zukünftig Krisen dieses Ausmaßes vorzubeugen. Im Mittelpunkt steht eine neue Institution der „Europäische Rat für Systemrisiken“. Seine vorrangige Aufgabe ist die Identifizierung und die Bewertung von potentiellen Gefahren für die Finanzstabilität der EU. Dieses Regelwerk stellt jedoch ein Mindestmaß des Notwendigen dar. Es ist nicht ausreichend, um die Entwicklungen zu kontrollieren. Die Probleme, die die EU zu bewältigen hat, bedürfen eines anderen Ansatzes. Fragen der Durchsetzung von Kontrollen bzw. ihrer Perfektionierung sind allein nicht ausreichend. Es geht um die Funktionsweise der Union. Ich werde zur Untermauerung dieser Behauptung einige Beispiele anführen:

Auf den Märkten ist schon eine neue Spekulationsdynamik zu erkennen. Sie wird erneut zu Verzerrungen und Krisen führen. Die Aktienpreise steigen, Gold, Erdöl und zahlreiche Rohstoffe verteuern sich, undurchsichtige Finanzprodukte wie strukturierte Anleihen sind wieder im Umlauf, Spekulationsspiele mit Devisen, Risikoprämien und Wertpapieren werden unvermindert fortgesetzt, die Gewinne der Finanzinstitute und deren Führungskräfte sind fast wieder auf Vorkrisenniveau. Jedes Land hat diese Phänomene mit eigenen Mitteln zu bewältigen, ist aber dazu nicht in der Lage. Selbst Staaten wie die USA und Großbritannien, die einen wichtigen Teil der Märkte beeinflussen, schaffen es nicht, im globalisierten Markt ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Den Krisen des Finanzsystems können die nationalen Grenzen nicht mehr vorbeugen. Die Union hat eine entscheidende Rolle zu spielen damit zumindest im europäischen Raum einheitliche Antworten gegeben werden. Dies würde zu einer effektiveren Prävention der Krisen beitragen.

Präsident Obama hat im Januar 2010 Reformen der Regelungen des Bankensektors angekündigt. Es handelt sich um Vorschriften, die, wie er sagte, dem gesunden Menschenverstand entsprechen. Demzufolge solle keine Bank mehr „so groß sein, dass ihr Zusammenbruch nicht möglich sei“. Die großen Banken sollten in kleinere aufgespaltet werden. Auch darf keine Bank die Gelder der Anleger mit riskanten Finanztransaktionen gefährden. Die Banken sollten in zwei klar zu unterscheidenden Kategorien eingeteilt werden: in jene, die sich mit dem Bankengeschäft im herkömmlichen Sinne, der Entgegennahme von Einlagen und der Kreditgewährung befassen, und in jene, die auf den Kapitalmärkten im Namen Dritter oder in eigener Sache im Finanzgeschäft tätig werden.

Die negativen Reaktionen in Bankenkreisen waren sowohl in den USA als auch in Europa heftig. Das Hauptargument gegen eine Regulierung lautete, dass die großen Banken auf internationalem Terrain tätig seien. Unterschiedliche Regeln für jeden Markt seien nicht mehr möglich. Diese Argumente sind nicht überzeugend. Vieles muss sich ändern. Es ist nicht akzeptabel, dass ein Staat Finanzinstitute rettet, wie es in der Krise der Fall war, die an riskanten und komplizierten Geschäften, bei denen es eigentlich um Wetten ging, teilnehmen. Die Finanzinstitute müssen sich auch über die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen ihrer Tätigkeit kümmern. Es kann auch nicht hingenommen werden, dass die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit mit den Verlusten der Finanzinstitute belastet wird, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Schließlich ist es notwendig, dass die Regulierung des Bankensystems der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes dient. Die Lehre aus der Krise für die Zukunft darf nicht das Prinzip des "business as usual" sein. Eine europäische Lösung ist notwendig.

Anfang Februar sind die Zinssätze, die die Länder im Süden der Union - Griechenland, Spanien und Portugal - für ihre Kredite zu zahlen haben dramatisch gestiegen. Diese Staaten haben alle übermäßig hohe Staatsdefizite. Sie haben aus diesem Grund sichtbare Schwierigkeiten ihren Kreditbedarf zu decken. Die Märkte verfolgen in einer solchen Situation das Ziel sich abzusichern. Sie wünschen sich, dass die Union die Rückzahlung der neu aufgenommenen Kredite garantiert, um das Risiko der Kreditgeber zu minimieren. Die zuständigen Instanzen der Union haben daraufhin wiederholt erklärt, dass sie nicht vorhätten diese Länder zu unterstützen. So etwas sei im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion nicht zulässig. Die Märkte reagierten mit einem erneuten Anstieg von Zinssätzen und Risikoprämien, aber auch mit dem Schüren eines Klimas der Krise. Der Kurs des Euro geriet ins Wanken und somit wuchs der Druck in der Union sich mit dem Problem auseinanderzusetzen.

Das „griechische Problem" - wie die Presse weltweit das Problem bezeichnete, das die Union zu bewältigen hatte - rückte ein weiteres Mal die Schwächen, die die Wirtschafts- und Währungsunion kennzeichnen, in den Vordergrund. Die Wirtschafts- und Währungsunion führte zu einer „Währungsintegration" mit strengen Regeln für den Schutz der gemeinsamen Währung, aber zu einer lockeren oder schlichtweg nicht vorhandenen Regulierung für eine „Wirtschaftsintegration". Sie ist nur teilweise eine Wirtschaftsunion. Sie stärkte zwar anfangs die wirtschaftliche Konvergenz ihrer Mitglieder, doch vertiefte später die Kluft zwischen dem Norden und dem Süden wegen der höheren Wettbewerbsfähigkeit des Nordens. Im Süden stiegen die Handelsdefizite über Gebühr an. Ein Mechanismus zur Unterstützung der Finanzen der wettbewerbsschwachen Staaten, die allerdings den wettbewerbsstarken Wirtschaften ihre hohen Einnahmen ermöglichen, war in der Wirtschafts- und Währungsunion nicht vorgesehen. Die negativen Auswirkungen sollten aber kontrollierbar sein. Der wirtschaftliche Rückstand des Südens wurde durch den Euro verschleiert. Als es noch nationale Währungen gab, war ihr durch Defizite bedingter Wertverlust ein starkes Alarmsignal. Dieses Alarmsignal existiert nicht mehr. Im Gegenteil, die Euphorie einer ohne Hemmungen möglichen Kreditaufnahme hat den Süden zu ernsthaften Haushaltsungleichgewichten geführt. Die Mitgliedstaaten des Nordens stellten damals klar, dass sie keine Schuld für diese Schwierigkeiten träfe. Sie seien weder verpflichtet einzugreifen, noch könnten sie es. Im Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion, so unterstrichen sie, sei die Non-Bail-out-Klausel verankert, d.h. die Rettung eines Mitgliedstaates im Falle einer Krise durch die anderen Mitglieder sei nicht möglich. Diese Regel gewährleistet die strenge Disziplin in Bezug auf die vereinbarten Prinzipien der

Wirtschafts- und Währungsunion und kann aus diesem Grund nicht aufgehoben werden.

Die Krise hat sich allerdings als mächtiger als die Regel herausgestellt. Sie stellte in Frage die Glaubwürdigkeit der Regel der Wirtschafts- und Währungsunion und führte zu einem Verlust des Ansehens des Euro. Sie zwang die Union, die Suche nach einem Mechanismus der internen Krisenbekämpfung aufzunehmen. Die Frage einer Solidarität zwischen den Mitgliedern, die sie anfangs nicht ansprechen wollte, wurde aktuell. Der globalisierte Finanzmarkt hob auf dieser Weise die Schutzklausel auf, die vorgesehen war damit sich die Krise eines Staates nicht auf die anderen Staaten ausweitet. Die Krise der Schwachen bedrohte die Starken. Im Falle Griechenlands war die Eurozone anfangs bestrebt, durch politische Deklarationen die Glaubwürdigkeit Griechenlands zu stützen. Diese Erklärungen reichten nicht aus, um die zukünftige Kreditwürdigkeit des Landes zu gewährleisten. Schließlich einigte man sich Mitte April auf einen Plan zur Bekämpfung der Krise. Die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion sollen in Zukunft zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds Kredite einem Mitglied zur Verfügung stellen, falls er nicht mehr in der Lage ist die notwendige Finanzierung im Markt zusichern. Die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion werden die Kredite auf bilateraler Basis gewähren, nachdem sie eine gemeinsame Entscheidung dazu getroffen haben. Der Zinssatz wird im Fall von Griechenland ungefähr 5% betragen. Die Presse kommentierte die Entwicklungen, indem sie auf die unterschiedlichste Weise dasselbe Motiv wiederholte. Das britische Magazin The Economist formulierte es folgendermaßen: „Die griechische Krise bestätigt lediglich die Paranoia, eine Gruppe heterogener Staaten in einer Währungszone zu vereinen, ohne einen Mechanismus, wie zum Beispiel eine zentrale Finanzbehörde, für die Bewältigung von inneren Ungleichgewichten vorzusehen“.

Die internationale Krise hat sich äußerst negativ auf die Perspektive des Euro sich zu einer internationalen Reservewährung zu entwickeln ausgewirkt. Die Union erachtet zurecht, dass die Anerkennung des Euro als Reservewährung zu seiner Stabilität beitragen würde. Ohne konkrete Wirtschaftspolitik, ohne wirtschaftliche Regierung wird jedoch dieses Unterfangen weder stabil noch konsequent sein. Der starke Euro verlangt nach Einschränkung der nationalen Autonomie im Bereich der Wirtschaftspolitik. Ohne Fortschritte bei der wirtschaftlichen und politischen Integration wird die WWU weder Ideen noch Mittel besitzen, um auf die globalen Entwicklungen einzuwirken.

Von großer Bedeutung ist aktuell die Frage, zu welchem Zeitpunkt die bisherige Politik zur Bekämpfung der Krise geändert werden soll. In allen Ländern wurden noch nie da gewesene Summen zur Stützung des Bankensystems bereitgestellt, die Zinssätze auf fast Null reduziert, die Liquidität durch staatliche Garantien in beträchtlichem Maße erhöht und Unternehmen finanziert. Dies führte zum Anstieg der staatlichen Defizite auf Niveaus, die um ein Vielfaches die erlaubte Höchstgrenze des Stabilitätspaktes übersteigen.

Viele sind der Auffassung, dass solange die Auswirkungen der Krise anhalten - mit Schließungen von Unternehmen und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit - die Mittelzuwendungen aus dem Staatshaushalt für die Ankurbelung der Wirtschaft andauern sollten. Andere wiederum sind der Meinung, dass die Fortsetzung der staatlichen Finanzierungen Inflationsgefahr, Mittelverschwendungen und Belastung der staatlichen Haushalte durch die zusätzlichen Kosten der hohen Verschuldung mit sich bringen würde.

Was getan werden muss, ist von Land zu Land unterschiedlich. Dort wo die Symptome

der Krise noch andauern, sind staatliche Interventionen notwendig. Wenn allerdings das Defizit das Niveau überschritten hat, bei dem der Staat seine Finanzierung zu vertretbaren Kosten gewährleisten kann, sind politischer Kurswechsel und Haushaltsstabilisierung notwendig. In der Eurozone gibt es sowohl Fälle von Staaten, bei denen die Fortsetzung der staatlichen Interventionen erforderlich ist, sowie solche bei denen Haushaltsdefizite ein problematisches Niveau erreicht haben. Ohne gemeinsamen politischen Rahmen werden jedoch Währungsstabilität und die Wachstumsperspektiven der Union negativ beeinflusst. Die Union braucht eine gemeinsame Politik, die die unterschiedlichen Bedürfnisse gegeneinander abwägt und den Zusammenhalt der Union verbessert. Eine derartige Politik besteht jedoch nicht, Sie wird es auch nicht geben, solange die Wirtschaftsregierung nicht institutionalisiert ist. Nur mit Hilfe einer wirtschaftlichen Governance wird es möglich sein, die Ungleichgewichte und vor allem das Nord-Süd-Gefälle der Union in den Griff zu bekommen.

Die internationalen Organisationen sind sich in der Einschätzung einig, dass mit dem Rückgang der Krise eine Ära wirtschaftlichen Wachstums anfangen wird, dessen Raten aber verglichen zu jenen der Zeit vor der Krise erheblich niedriger sein werden. Die herrschende Unsicherheit wird dazu führen, dass neue Investitionen nur langsam unternommen werden. Die Arbeitslosigkeit wird weiterhin ein hohes Niveau beibehalten. Der Zinsanstieg, die unvermeidliche restriktive Haushaltspolitik und schließlich der Rückgang des Konsums werden die Wirtschaftsaktivitäten weiterhin dämpfen. Auf internationaler Ebene wird es nicht die Nachfrage geben, die zu einem raschen Wachstum beitragen wird. Die amerikanischen und europäischen Verbraucher werden wegen der hohen Verschuldung ihrer privaten Haushalte ihre Ausgaben einschränken. Es wird geschätzt, dass zwei bis drei Jahre in den entwickelten Ländern notwendig sein werden, um die krisenbedingten Wachstumsrückgänge wett zu machen. In den Ländern des europäischen Südens, die schon vor der Krise wirtschaftliche Probleme hatten, wird davon ausgegangen, dass dieser Zeitraum über fünf Jahre andauern könnte. Auf alle Länder werden sich der Rückgang der Steuereinnahmen, die Inanspruchnahme von Mitteln für die Bezahlung von Staatsschulden, das erzwungene Einfrieren von Gehältern und die sozialen Konflikte, negativ auswirken. Die Existenz einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik würde zu der rascheren Überwindung der Auswirkungen beitragen. Es ist jedoch fraglich, ob eine solche Politik zu erwarten sei.

Das Streben nach stabilem Wachstum macht eine Kursänderung des Finanzsystems, das zu einer Stärkung der realen Wirtschaft beitragen wird, zwingend erforderlich. Praktiken, die den schnellen und leichten Profit begünstigten, wie z.B. die enorm hohen Einkünfte der Führungskräfte der Banken, die Bonuse der Traders, die undurchsichtige Verbriefung von Forderungen unterschiedlichen Wertes, die Wetten an den Börsen, das Short selling, die strukturierten Anleihen müssen drastisch eingeschränkt werden. Das Ziel muss die Zunahme von langfristigen Investitionen, die Unterstützung der Produktionstätigkeit, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen sein.

All dies erscheint heute unerreichbar. Das Finanzsystem mit der globalen Ausbreitung, die es erfahren hat, hat die langfristigen Investitionen untergraben. Für den bestmöglichen Kapitaleinsatz gelten heutzutage neue Kriterien. Ausschlaggebend ist nicht die langfristige Rentabilität sondern der schnellstmögliche Profit. Eine derartige Profitabilität wird durch Börsengeschäfte bzw. Spekulationen auf den Märkten gewährleistet und nicht durch Investitionen zur Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens. Das Streben nach dem unmittelbaren Profit hat eine kurzsichtige

Vorstellung über das Nützliche etabliert. Es führt zum Abwenden der Investoren von der Produktion und belohnt die Gier nach Finanztransaktionen. Die jüngste Krise ist die Folge dieser Transformation des Kapitalismus. Um die Produktionsaktivitäten zu stärken und um eine neue Krise zu vermeiden, ist ein deutliches Eingreifen nötig, durch das die Priorität der produktiven Investitionen wiederhergestellt wird, die Schaffung von Beschäftigung und die Verstärkung der sozialen Eingliederung, die Verbreitung von Wissen und das ökologische Gleichgewicht in der Welt. Die Aufsichtsregulierungen zur Vermeidung von Übertreibungen, Betrügereien und Spekulationsspielen im Finanzsektor sind ebenso notwendig, reichen allerdings nicht aus. Ein wichtiger Schritt in Richtung Wachstum ist von Nöten.

Die gegenwärtige Funktionsweise der Union erleichtert diese notwendige Intervention nicht. Der Wachstums- und Stabilitätspakt ist fast ausschließlich auf den Erhalt der Währungsstabilität ausgerichtet. Er verleiht dem Wachstum nicht die Bedeutung, die es hat, um bessere Lebensbedingungen zu gewährleisten, für mehr Beschäftigung zu sorgen und die Chancen auf Fortschritt zu erweitern. Will man die Situation ändern, so müssen seitens der Mitgliedstaaten konkrete Verpflichtungen zur Förderung von Investitionen, zur Verbreitung der Wissensgesellschaft, zu Verwaltungsreformen und zur Verbesserung der Sozialsysteme eingegangen werden. In regelmäßigen Zeitabständen sollte die Annäherung an die Ziele bewertet werden, die Ergebnisse der Bewertungen veröffentlicht werden und auch die Bereitstellung von Mitteln an die Mitgliedstaaten bestimmt werden.

Mitgliedstaaten, die ihre Ausgaben tatsächlich auf die Erzielung von höheren Wachstumsraten ausrichten und zeitgleich Kosteneinsparungsprogramme umsetzen, sollten unter besonderen Umständen die Möglichkeit haben, die 3% Grenze des Haushaltsdefizits zum Bruttoinlandprodukt zu überschreiten. Wir sollten entscheiden, ob wir ein schwaches Wachstum akzeptieren, das die Chancen der Vielen auf ein besseres Leben einschränkt, oder ob wir Investitionen vornehmen, die ein nachhaltiges Wachstum mit besseren Beschäftigungs- und Einkommenschancen gewährleisten. Diese zweite Option macht eine konsequente Zielverfolgung und Disziplin beim Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erforderlich. Sie erfordert eine Politik die nicht von Wahlzyklen und klientelistischen Praktiken abhängt.

Neben den Investitionsanstrengungen der Mitgliedstaaten ist ein Rahmenprogramm für Investitionen für die Gesamtheit der Union notwendig. Investitionen sind notwendig für die Verbesserung der Infrastrukturen im Transport- und Telekommunikationssektor, im Bereich der erneuerbaren Energien, der Forschung, der Zusammenarbeit der Hochschuleinrichtungen usw. Es ist bekannt, dass die Haushaltsmittel der Union nicht für derartige Initiativen ausreichen. Die Möglichkeiten des Beitragsanstiegs der Mitgliedstaaten sind beschränkt. Die Union sollte bereit zur Ausgabe von Europäischen Anleihen sein. Sie würden der Realisierung von Investitionen aber auch zur Finanzierung von Aktivitäten, die für das Wachstum und die Beschäftigung förderlich sind, dienen.

Ich werde meine Ausführungen zu den Folgen einer fehlenden wirtschaftlichen Regierung abschließen, indem ich an das informelle Treffen des ECOFIN am 12. und 13. September 2008 in Nizza erinnere. Diese Sitzung fand statt, als die Krise schon ausgebrochen war, und zwar zwei Tage vor dem Konkurs der Lehman Brothers am 15. September, dem Datum, an dem die eintretende Katastrophe auch für die Ahnungslosesten offenkundig wurde. Die Finanzminister der Union und die Vertreter der Europäischen Zentralbank trafen zusammen um festzustellen, ob es eine Krise gebe, von

welchen Ausmaßen sie sei und welche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung getroffen werden sollten. Die Beteiligten befanden, dass die Daten, die auf einen Rückgang der Wirtschaftsaktivität in der Union hindeuteten, die Auffassung vom Vorhandensein einer Krise nicht rechtfertigten. Auch haben sie sich darüber geeinigt, dass es keines europäischen Interventionsplans zur Ankurbelung der Wirtschaft bedurfte. Man müsse, so erklärten sie, „die automatischen Stabilisatoren wirken lassen“. Wenn ein Land es für notwendig erachten sollte, Stützungsmaßnahmen zu ergreifen, könne es dies tun, allerdings unter strikter Einhaltung der Einschränkungen des Stabilitätspaktes. Die Kontrolle der Finanzmärkte schließlich, sollte von den zuständigen Organen eines jeden Staates und nicht von der Union ausgeübt werden. Diese Haltung des ECOFIN zeigte, dass die Minister sich nicht entscheiden konnten was zu tun sei. Sie wollten nicht den Schritt zu einer gemeinsamen Politik vollziehen.

Nachdem die Union die Existenz der Krise erst recht spät akzeptierte, übernahm sie die Rolle des Koordinators von unterschiedlichen Initiativen der Mitgliedstaaten und nicht die des Hauptakteurs in der Ergreifung von Maßnahmen. Die Union verfügt über ein institutionell verankertes Instrument mit unumstrittenem Prestige, die Europäische Zentralbank. Sie kann damit ihre Währungspolitik gestalten und die Finanzmärkte beaufsichtigen. Sie verfügt auch über einen politischen Rahmen, den Stabilitätspakt, der die Grundsätze zur Gewährleistung der Wirtschaftsstabilität festlegt. Sie hat allerdings nicht den Spielraum, eine gemeinsame Wirtschafts- und Wachstumspolitik festzulegen oder umzusetzen.

Das wichtigste Hindernis für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung oder *Economic Governance* ist das Prinzip der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Es zwingt die Organe der Union den Weg einer langatmigen zwischenstaatlichen Verständigung zu gehen. Er gerät aber allzu häufig durch die Interessen der wichtigsten Staaten ins Stocken. So war man zum Beispiel in der Union bisher nicht in der Lage, eine einheitliche Ausrichtung bei Steuerfragen zu erreichen, Großbritannien erhob permanent Einwände. Zu diesen Schwierigkeiten kam seit 2004 die negative Haltung der Mehrheit der Regierungen im Europäischen Rat hinzu. Diese stemmten sich gegen Initiativen, die die EU-Organe stärken und ihren Zuständigkeitsbereich erweitern würden. Sie forderten eine Ruhepause im Einigungsprozess und die Unterbrechung der Mobilität, die das letzte Jahrzehnt in der Union kennzeichnete. Die Europäische Kommission hat sich dieser Auffassung, man habe genug getan und sollte das Vollzogene überprüfen, angeschlossen.

Die Entwicklungen haben die Union vor ein drängendes politisches Dilemma gestellt: Die Notwendigkeit eine wirtschaftliche Regierung zu akzeptieren, oder sich damit abzufinden, Ausführer von Politiken zu sein, die aus komplizierten Prozessen und Kompromissen entstanden sind. Von der Antwort auf dieses Dilemma wird es abhängen, ob die Union ihre Möglichkeit international eine Hauptrolle zu übernehmen, einfordern wird oder nicht.

Der Ratspräsident der Europäischen Union Van Rompuy hat im Februar 2010 dem Europäischen Rat vorgeschlagen, sich auf einen gemeinsamen Prozess zur Gestaltung einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie zu einigen. „Wichtig ist“, unterstrich er, „dass wir festlegen, wie wir unsere Beschlüsse umsetzen wollen. Die Governance stellt hierbei den Schlüssel dar“.

Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone haben durchaus in diesem Sinn am 25 März in einer gemeinsamen Erklärung ihre Entschlossenheit bekundet, sich für "eine

enge Koordination der Wirtschaftspolitiken in Europa" einzusetzen. Aus genau diesem Grund sind sie der Ansicht, „dass der Europäische Rat die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union verbessern muss.“

Unklar bleibt jedoch was konkret beabsichtigt ist. Geht es wirklich um eine effektive Harmonisierung der Wirtschaftspolitik oder lediglich um ein neues Thema, das von den Staats und Regierungschefs der 27 EU Staaten aufgegriffen werden soll?

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Mitte Februar erklärt: "Wir (der Rat) sind die Wirtschaftsregierung" und sollen ganz im Sinne des Lissabonner Vertrages der Union "die für Ihre Entwicklung erforderliche Impulse geben". Gewonnen wäre freilich kaum etwas, wenn man die «Wirtschaftsregierung» so interpretieren würde. In Wirklichkeit steht nicht mehr und nicht weniger zur Debatte als eine Erweiterung der Zuständigkeiten der Union, um sie in die Lage zu versetzen, nicht nur währungspolitische Angelegenheiten zu entscheiden, sondern genauso die Grundregeln der Finanz- und Wachstumspolitik festzulegen und den makroökonomischen Rahmen zu bestimmen.

Ebenso nötig ist allerdings ein weiterer, mindestens ebenso relevanter Schritt: eine in der Tat deutlich stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung, die nicht am Einsprucheinzeln Mitgliedstaaten scheitern darf. Echte intergouvernementale Zusammenarbeit muss sich also vollziehen können, ohne sich auf die bislang üblichen langatmigen Beratungs- und Entscheidungsprozesse einzulassen. Die Union wird sonst von einer Krise in die nächste fallen und fortlaufend über Hindernisse und Komplikationen stolpern, die mit dem Unvermögen der Mitgliedstaaten zusammenhängen, selbst zu reagieren.

Die Wirtschaftsregierung kann entweder im Rahmen der bestehenden Wirtschafts- und Währungsunion oder über eine „gestärkte Zusammenarbeit“ angestrebt werden, an der sich alle Mitglieder, die es wünschen, beteiligen würden. Diese Form der Kooperation ist bereits im Lissabonner Vertrag vorgesehen, Sie ist der Weg, den die Mitgliedstaaten befolgen können, um gemeinsam ihre Aktionsfelder zu erweitern, ohne zugleich den Vertrag ändern zu müssen.

Zahlreiche Kommentatoren der jüngsten Entwicklungen in der Union haben sich ebenfalls für diesen Ansatz ausgesprochen. Ihnen allen ist, so unterschiedlich ansonsten ihre Überlegungen sind, die Feststellung gemein, dass „der Ausgang aus der Krise einen Weg nach vorn erfordert“, hin zur Wirtschaftsregierung und zur politischen Integration. Genau dies ist auch das Ziel, dem wir uns ebenso ernsthaft wie beharrlich nähern sollten